



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › **Huml dringt auf kürzere Wartezeiten für Psychotherapieplätze – Bayerns Gesundheitsministerin anlässlich des 7. Bayerischen Landespsychotherapeutentags in München: Reform der Bedarfsplanung unerlässlich**

# Huml dringt auf kürzere Wartezeiten für Psychotherapieplätze – Bayerns Gesundheitsministerin anlässlich des 7. Bayerischen Landespsychotherapeutentags in München: Reform der Bedarfsplanung unerlässlich

11. November 2017

**Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** setzt sich für eine bessere ambulante Versorgung in der Psychotherapie ein. Huml betonte am Samstag anlässlich des 7. Bayerischen Landespsychotherapeutentags in München: „Psychische Störungen stehen mittlerweile an vierter Stelle aller gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Wichtig ist, dass Betroffene schnell einen passenden Therapieplatz finden können. Um lange Wartezeiten zu vermeiden, ist eine Reform der Bedarfsplanung unerlässlich.“

Huml verwies darauf, dass es zuletzt im Jahr 2013 eine Bedarfsplanungsreform gegeben hat – auch auf Initiative Bayerns. Dadurch wurden viele neue Zulassungsmöglichkeiten für Psychotherapeuten vor allem in ländlichen Regionen geschaffen.

Die Ministerin erläuterte: „Durch die Reform wurden allein in Bayern rund 250 neue Psychotherapeutenplätze besetzt. Trotzdem müssen Patienten häufig auf einen freien Therapieplatz warten – und das sogar in Gebieten, die laut Bedarfsplanung übertersorgt sind. Hier klaffen Statistik und Wirklichkeit offensichtlich auseinander.“

Huml fügte hinzu: „Ich begrüße es daher sehr, dass der Gemeinsame Bundesausschuss die Bedarfsplanung nochmals auf den Prüfstand stellt. Erste Ergebnisse eines vom Gemeinsamen Bundesausschuss hierzu in Auftrag gegebenen Gutachtens werden für Anfang 2018 erwartet. Sie sind die Grundlage für den weiteren Diskussionsprozess. Leider haben die Länder hier kein Mitentscheidungsrecht. Im Rahmen unserer Beteiligungsmöglichkeit werden wir aber darauf achten, dass sich die neue Bedarfsplanung positiv auf die Wartezeiten auswirkt.“

Die Ministerin mahnte zugleich eine Reform des Psychotherapeutengesetzes von 1999 an. Sie betonte: „Die Länder haben den Bund in den vergangenen Jahren bereits mehrfach aufgefordert, eine Reform des Psychotherapeutengesetzes anzupacken. Kurz vor dem Ende der Legislaturperiode hat das Bundesgesundheitsministerium dann einen Arbeitsentwurf für ein Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung vorgelegt. Meine Ziele sind eine hochwertige Ausbildung und eine nachhaltige Finanzierung der Weiterbildung. Dafür werde ich mich im Gesetzgebungsverfahren vehement einsetzen.“

